

TIBET 360°

INFORMATIONEN | MEINUNGEN | ANALYSEN



AUSGABE 2 | 2018



Parallelen: Tibet und Xinjiang

Petition: „China ist kein normaler Partner“

Reziprozität



PARALLELEN Tibet und Xinjiang

Kommentar



Massive Polizeipräsenz in Ngaba, Osttibet.

Quelle: ICT



Kai Müller,
ICT-Geschäftsführer

Foto: Yan Revazov

Berichte zahlreicher Menschenrechtsorganisationen haben in den letzten Monaten erschrecken lassen. Demnach hat sich die ohnehin repressive Lage in der Uigurenregion Xinjiang, von den Uiguren selbst als Ost-Turkestan bezeichnet, nochmals dramatisch verschlechtert. Berichten zufolge sind bis zu eine Million Uiguren in Internierungslager verschleppt worden, wo sie „umerzogen“ werden sollen. Eine Rechtsgrundlage für diese drastischen Maßnahmen gibt es nicht. Während die chinesische Regierung allenfalls von „Ausbildungsmaßnahmen zur Rehabilitation“ spricht, so bei der Anhörung des UNO-Anti-Rassismus-Komitees Mitte August, wird immer deutlicher, dass in Xinjiang in den letzten Jahren systematisch ein Überwachungs- und Kontrollstaat auf- und ausgebaut wurde, der sowohl elektronische und internetbasierte, als auch ganz „klassische“ Überwachungsmaßnahmen nutzt, wie etwa die flächendeckende Präsenz von Sicherheitskräften.

Architekt dieses offenbar zügellosen Polizeistaates ist Parteisekretär Chen Quanguo, der zuvor von 2011 bis 2016 in der Autonomen Region Tibet ebenfalls als Parteisekretär fungierte. Chen wurde 2016 mit der Führung der Autonomen Region Xinjiang betraut, offenbar weil er sich aus Sicht der Partei Verdienste in Tibet erworben hatte. Seine

Markenzeichen in Tibet unter anderem: die Einführung von „bequemen Polizeiwachen“, die in den urbanen Zentren Tibets systematisch in Rastern angeordnet wurden. Bis Ende 2016 wurden mehr als 700 dieser Wachen eingerichtet, die basierend auf einer lückenlosen elektronischen Überwachung ein schnelles Eingreifen erlauben. In seine Zeit in Tibet fällt ebenfalls das Programm „Nütze den Massen“, das bis heute die Entsendung von Zehntausenden von Kadern der KP in die Städte und Dörfer Tibets vorsieht, um die Politik der Kommunistischen Partei zu verbreiten und um sich mit den Menschen, wie es in der Rhetorik der KP heißt, „anzufreunden“.

Die Situation in Xinjiang ist nicht unmittelbar mit der Lage in Tibet zu vergleichen. Deutlich sind jedoch die Parallelen der jeweiligen repressiven Politiken. Diese sind offenbar Ergebnis langfristiger strategischer Überlegungen der Partei.



Mehr Informationen:

A. Zenz, J. Leibold: „Chen Quanguo: The Strongman Behind Beijing's Securitization Strategy in Tibet and Xinjiang“, in: „China Brief“, Jamestown Foundation, 21.9.2017.

Anti-Rassismusausschuss: Deutliche Kritik

Der Antirassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen (CERD) hat Ende August seine Bilanz zur Lage in der Volksrepublik China vorgelegt. Basierend auf Berichten unabhängiger Menschenrechtsorganisationen und den Stellungnahmen chinesischer Regierungsvertreter, die Mitte August in Genf stattfanden, zeigte sich das Gremium besorgt über Berichte von Folter an Tibetern, Uiguren, friedlich Protestierenden und Menschenrechtsverteidigern. Sorge bereitet dem Gremium außerdem die Einschränkung der Reise- und Bewegungsfreiheit, denen sich Tibeter sowohl innerhalb ihrer Heimat als auch beim Wunsch nach Auslandsreisen ausgesetzt sehen.

Die UN-Experten äußern des Weiteren ihre Sorge über die unklaren und extrem weit gefassten Definitionen von „Terrorismus“ und „Separatismus“, was dazu führe, dass „friedliche bürgerliche und religiöse

Ausdrucksformen“ kriminalisiert und verfolgt werden könnten. Starken Verbesserungsbedarf erkennt der Ausschuss bei den – auch in Tibet häufig zu beobachtenden – zwangsweisen Umsiedlungen und Landenteignungen, die in vielen Fällen mit unzureichenden Entschädigungen einhergingen. Der Antirassismus-Ausschuss erkennt hierin ein „aggressives Entwicklungsmodell“ und empfiehlt der chinesischen Regierung, eng mit Vertretern der sogenannten Minderheiten zusammenzuarbeiten und Entschädigungen in ausreichender Höhe bereitzustellen.



Mehr Informationen:

„Concluding Recommendations“ des CERD-Komitees:
<https://bit.ly/2wyQdav>

IM FOKUS: Reziprozität und EU-China Beziehungen



Blick in das Europaparlament in Straßburg. Foto: David Iltf. Lizenz: CC-BY-SA 3.0

Die chinesische Regierung unterbindet systematisch den freien Zugang nach Tibet – für Vertreter der Vereinten Nationen, Diplomaten, Parlamentarier, Nichtregierungsorganisationen und Journalisten. Gleichzeitig können sich chinesische Delegationen, Diplomaten oder Journalisten der chinesischen Staatsmedien ungehindert in westlichen Staaten, auch in Deutschland, bewegen und verbreiten dabei gerade in Bezug auf Tibet offensiv die Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas.

Seit längerem wird dieses eklatante Missverhältnis in den USA thematisiert. Am 25. September hat das US-Repräsentantenhaus einstimmig den „Reciprocal Access to Tibet Act“ angenommen, eine Gesetzesinitiative mit Unterstützung sowohl von demokratischen wie auch republikanischen Abgeordneten. Das Gesetz verlangt hinsichtlich Tibets die gleichen Zugangsrechte wie sie chinesische Diplomaten, Journalisten, Nichtregierungsorganisationen und einfache Bürger in den USA genießen. Es ermächtigt das US-Außenministerium, denjenigen Visa und damit die Einreise in die USA zu verweigern, die für die restriktive Zugangspolitik in Tibet verantwortlich sind.

EUROPAPARLAMENT NIMMT BELDER-REPORT AN

Bevor das Gesetz in Kraft treten kann, benötigt es noch die Zustimmung des US-Senats und die Unterschrift Präsident Trumps. Die International Campaign for Tibet setzt sich mit Nachdruck für das Gesetz ein.

Kurz vor der Verabschiedung des Gesetzes im Repräsentantenhaus teilte unterdessen das kanadische Außenministerium mit, die chinesischen Behörden hätten in den vergangenen Jahren mehrere entsprechende Reiseanfragen der Botschaft in Peking negativ beschieden. Nicht ein einziges Mal durften die kanadischen Diplomaten, wie gewünscht, die sogenannte Autonome Region Tibet (TAR) besuchen. Im gleichen Zeitraum indes gestatteten die kanadischen Behörden „mindestens dreimal“ offiziellen chinesischen Delegationen aus der TAR Besuche in Kanada.

Das Europaparlament hat am 12. September mit der Annahme des sogenannten Belder-Reports zu den

Beziehungen der EU zur Volksrepublik China eine ganze Reihe von Problemfeldern mit Peking kritisch angesprochen. Der Bericht, der mit 530 Ja-Stimmen, bei 53 Nein-Stimmen und 55 Enthaltungen angenommen wurde, befasst sich unter anderem mit handels- und wirtschaftspolitischen Fragen, mit Chinas „Belt and Road Initiative“, dem 16+1 Format, mit digitaler Überwachung, Klimawandel und Nachhaltigkeit sowie mit der Menschenrechtslage in China. Der Bericht fordert die Europäische Union

VERHÄLTNIS MIT CHINA NEU AUSRICHTEN

auf, sein Verhältnis zu China neu auszurichten und auf China mit Nachdruck hinsichtlich einer Verbesserung der Menschenrechtslage insbesondere in Xinjiang und Tibet einzuwirken.

Demnach müsse China seine Tibetpolitik überdenken und seine in den letzten Jahren verabschiedeten Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen überprüfen und ändern, die die Wahrnehmung bürgerlicher und politischer Rechte von Tibetern, einschließlich ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung und ihrer Religionsfreiheit, stark einschränken. China solle eine Entwicklungs- und Umweltpolitik verfolgen, bei der im Einklang mit den Zielen der Vereinten Nationen für die nachhaltige Entwicklung die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Tibeter gewahrt werden und die lokale Bevölkerung einbezogen wird. Peking müsse ferner die sich wiederholenden Fälle untersuchen, in denen Tibeter gewaltsam verschwinden, gefoltert und misshandelt werden, und ihre Rechte der Vereinigungsfreiheit, friedlichen Versammlung, Religions- und Glaubensfreiheit gemäß den internationalen Menschenrechtsnormen wahren.



Mehr Informationen:

US-Kongress, H.R. 1827: „Reciprocal Access to Tibet Act“, <https://bit.ly/2xW4H4U>

Europäisches Parlament, „Bericht zu dem Stand der Beziehungen zwischen der EU und China“, <https://bit.ly/2DFnNIV>

„KEIN NORMALER PARTNER“

ICT: Menschenrechte zentral beim Dialog mit Peking

4



Bärbel Kofler, Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, nimmt die Petition von ICT-Geschäftsführer Kai Müller in Empfang. Foto: ICT

Die International Campaign for Tibet hat eine Petition an die Bundesregierung übergeben, in der diese vor einer falschen Einschätzung der Volksrepublik China gewarnt wird. Unter der Überschrift „China ist kein normaler Partner!“ fordern zahlreiche Menschen die deutsche Regierung auf, daraus ihre Konsequenzen zu ziehen. Das Grundgesetz fordere ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten als „Grundlage jeder menschlichen

verfolgt Menschenrechtsverteidiger mittlerweile weltweit“.

Beispielhaft für Pekings hartes Vorgehen ist die im August bekannt gewordene Bestätigung der 5-jährigen Haftstrafe für den tibetischen Menschenrechtsverteidiger Tashi Wangchuk. Demnach wies das Oberste Gericht der Provinz Qinghai von Wangchuk eingelegte Rechtsmittel zurück. Wangchuk, der sich öffentlich für den Erhalt der tibetischen Sprache eingesetzt hatte, hatte den Vorwürfen stets widersprochen. Wie sein Anwalt Liang Xiaojun während des Verfahrens betonte, gehe es seinem Mandanten „alleine um den Erhalt der tibetischen Kultur“.

Mehrere Regierungen, darunter auch die deutsche Bundesregierung, Parlamentarier, Menschenrechtsexperten sowie Nichtregierungsorganisationen hatten in der Vergangenheit seine sofortige und bedingungslose Freilassung gefordert. Das Urteil dürfte auch für die ohnehin stark eingeschränkte Tätigkeit unabhängiger Medien in China und Tibet von grundsätzlicher Bedeutung sein, da sowohl Tibeter als auch Medien aus Angst vor Repressionen nunmehr von Interviews und Berichterstattung in noch stärkerem Maße absehen könnten.

XI JINPING CONTRA RECHTSSTAATLICHKEIT

Gemeinschaft“. Daher solle die Bundesregierung gegenüber Peking mit Nachdruck auf die eklatanten menschenrechtspolitischen Defizite in China und Tibet hinweisen.

ICT-Geschäftsführer Kai Müller übergab im Berliner Auswärtigen Amt Mitte Juli mehrere tausend Unterschriften an die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Bärbel Kofler. Dazu sagte er: „Deutschlands Außenpolitik sollte auf den Grundwerten unseres Gemeinwesens aufbauen. Für das Verhältnis zur Volksrepublik China muss dies Konsequenzen haben. Denn unter den Bedingungen einer autoritären KP-Herrschaft kann China kein normaler Partner sein. So hat sich Staatspräsident Xi Jinping in dem 2013 bekannt gewordenen ‚Dokument Nr. 9‘ schon früh explizit gegen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Pluralismus gestellt. An Pekings Umgang mit chinesischen Bürger- und Menschenrechtlern wie auch am Vorgehen gegen friedliche Tibeter lässt sich dies anschaulich studieren. Zudem untergräbt die chinesische Regierung auch auf internationaler Ebene bislang universell gültige Rechte. Sie bekämpft die unabhängige Zivilgesellschaft und

TIBET³⁶⁰ Impressum

Herausgeber:
International Campaign for Tibet
Deutschland e.V.
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 27 87 90 86
Fax: +49 (0) 30 / 27 87 90 87
info@savetibet.de
www.savetibet.de

V. i. S. d. P.: Kai Müller

Gestaltungskonzept:
Creative Comp., Hamburg

Druck:
Gieselmann Medienhaus GmbH
Potsdam-Nuthetal

Stand: 29. September 2018

+++newsTICKER+++



Quelle: Kanyak Tsering and Lobsang Yeshe

Drei Mönche nach Protestaktionen in Osttibet verhaftet; <https://bit.ly/2xWeyHW>



Quelle: ICT

China lässt ehemalige Residenz der Eltern des Dalai Lama abreißen und durch Neubau ersetzen; <https://bit.ly/2xIW2mW>



Foto: Chen Bei/chinadaily.

China: Rechtsmeinungen erklären Alltagshandlungen zu „Extremismus“ und „Terrorismus“, <https://bit.ly/2xMnW1x>

Blog

Meinungen und Hintergründe im Tibet-China-Blog der International Campaign for Tibet.
www.savetibet.de/blog



INTERNATIONAL
CAMPAIGN
FOR TIBET